

halten, hat die Gemeindeverwaltung die Darlehensgewährung an ihre Angestellten auf eine neue Grundlage gestellt und im Rahmen des Magistrats eine eigene Stelle geschaffen, der die Durchführung dieses Zweiges der Angestelltenfürsorge übertragen ist. Die Gemeindeverwaltung hat einen Betrag von 5 Millionen Schilling sichergestellt, der zur Gewährung der Darlehen an die Angestellten verwendet wird. Sie gibt diese Darlehen an die Angestellten zu dem festen Zinsfuß von sechs vom Hundert, trägt das Risiko für Verluste und hat überdies die Kosten der gesamten Verwaltung für die Darlehensgewährung übernommen. Die Darlehen werden in der Regel in der Höhe des dreifachen Monatsbezuges und mit einer gewöhnlich 24monatigen Laufzeit ohne Spesen und ohne Sicherstellung durch Bürgen oder Versicherungspolizzen gegeben.

\* \* \*

Die Art der Behandlung des Personals, das zunächst in seiner Mehrheit der neuen Verwaltung feindselig oder gleichgültig gegenüberstand, hat bewirkt, daß eine im allgemeinen arbeitsfreudige und gewissenhafte Angestelltenschaft herangezogen wurde, die auch eine Reihe von Reformen im inneren Verwaltungsdienst ermöglicht hat. Ganze Abteilungen wurden aufgelöst, andere zusammengelegt. Das ganze Verrechnungswesen wurde von Grund aus umgestaltet, die doppelte Buchhaltung für eine Reihe von Verwaltungszweigen eingerichtet. Das Personal hat sich auch sehr hohen Anforderungen gewachsen gezeigt. Es ist kennzeichnend, daß — von einem achttägigen Straßenbahnerstreik abgesehen — in zehn Jahren sozialdemokratischer Verwaltung kein einziger Konflikt zu einer nennenswerten Arbeitsniederlegung geführt hat.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Polizei in Wien nicht der Gemeinde untersteht, sondern Bundesbehörde ist. Ihr Dienstrecht ist also durch Bundesgesetz geregelt. Ihre Bezüge werden vom Bund gezahlt. Die Gemeinde wird dadurch nicht belastet.

Die Gesamtausgaben der Gemeinde (ohne die Unternehmungen) sind für die aktiven Angestellten mit 136'9 Millionen Schilling und für die Pensionisten mit 45'9 Millionen Schilling für 1929 veranschlagt. Der gesamte Personalaufwand, der in der Vorkriegszeit 26 Prozent des Budgets ausmachte, beträgt jetzt 40 Prozent der Gesamtausgaben.

## **Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.**

Als die Sozialdemokraten die Verwaltung übernahmen, fanden sie Fürsorgeeinrichtungen vor, die sich schon vor dem Krieg vielfach als unzulänglich erwiesen hatten und namentlich in der Kriegszeit der Verwahrlosung anheimgefallen waren. Vor allem aber war der Geist, in dem dieses Wohlfahrtswesen verwaltet worden war, schlecht. Es war das Gnadependen des Hochmuts der Besitzenden. Das furchtbare Elend der Nachkriegszeit steigerte die Fürsorgebedürftigkeit ganz außerordentlich. Die Sterblichkeit



Städtische Kinderübernahmestelle. Wien, 9. Bezirk



Städtische Lungenheilstätte „Baumgartnerhöhe“. Wien, 13. Bezirk



Städtischer Kindergarten im Waldmüllerpark. Wien, 10. Bezirk

hatte gegenüber der Vorkriegszeit um 60 Prozent zugenommen, die Kindersterblichkeit gar um 100 Prozent. Nur großzügige Arbeit konnte da helfend eingreifen. Die Gemeinde vermag heute noch lange nicht alle Aufgaben, die ihr da erwachsen, in vollem Maße zu erfüllen, aber sie hat ihre Pflichten erkannt und strebt systematisch danach, ihnen vollkommen gerecht zu werden.

### Jugendfürsorge.

Die Fürsorge beginnt schon beim Embryo. Jede mittellose Frau hat das Recht, sich spätestens im vierten Monat der Schwangerschaft im Jugendamt zu melden. In 36 Mutterberatungsstellen wird eine Blutuntersuchung vorgenommen, um den Kampf gegen die Erbsyphilis möglichst frühzeitig aufzunehmen. Die Frauen, die sich rechtzeitig melden und auf keinerlei Krankenkassenhilfe Anspruch haben, erhalten nach der Vorstellung des Neugeborenen in den städtischen Mutterberatungsstellen durch vier Wochen eine „Mutterhilfe“ von je 10 Schilling, zusammen 40 Schilling. Sie bekommen auch Rechtshilfe und andere erforderliche Erleichterungen, falls ihre Familienverhältnisse solche notwendig machen.

In allen Wiener Entbindungsheimen und Gebärdkliniken sind ständig städtische Fürsorgerinnen, um den Säuglingen und Müttern im Falle der Bedürftigkeit alle erreichbare Hilfe zukommen zu lassen. Da gegenwärtig schon zwei Fünftel aller ehelichen und mehr als die Hälfte aller unehelichen Kinder in Anstalten geboren werden, erfaßt dieser Dienst eine sehr große Zahl von Fällen. Aber auch alle übrigen Geburtenfälle werden beobachtet. Denn die Behörden, denen die Geburten zur Registrierung gemeldet werden, geben die Meldung an das Jugendamt weiter, das die Fürsorgerin ins Haus schickt. Es wird also kein Kind in Wien geboren, ohne daß die Gemeinde hilfsbereit erscheint. Nach Wien zuständige und in Wien wohnhafte Frauen erhalten für Neugeborene unentgeltlich Säuglingswäsche. Im Jahre 1927 wurden 9781 Säuglingswäschegarnituren ausgefolgt. In den Mutterberatungsstellen erhalten die Mütter ärztliche Weisungen für die Pflege der Kinder.

Die Jugendämter gewähren auch Sachbeihilfen (Wäsche und Kleidungsstücke) gegen Zahlungen, die im Durchschnitt nur 10 Prozent der Selbstkosten erreichen. In den 14 Bezirksjugendämtern werden einmal wöchentlich von einem Facharzt und einem Heilpädagogen Beratungsstunden abgehalten, um Eltern und Pflegeeltern zu beraten, deren Kinder in der Erziehung Schwierigkeiten bereiten. (1927: 3224 Fälle.) In den 89 städtischen Kindergärten finden vorläufig 9078 kleine Kinder Aufnahme. 76 werden als Volkskindergärten von 7 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags geführt. Das Besuchsgeld beträgt 10 Groschen wöchentlich und kann auch erlassen werden. Auf Wunsch der Eltern erhalten die Kinder Frühstück und Mittagessen (600 Kalorien) gegen Zahlung von 3 Schilling und 12 Groschen wöchentlich oder den Verhältnissen angepaßte Teilzahlung (3000 Kinder). 64 Prozent der Kinder sind von der Zahlung ganz befreit. Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien für

das Jahr 1928 sieht eine Vermehrung der Kindergärten, insbesondere in den städtischen Wohnhausbauten, auf insgesamt 112 vor.

In die städtischen Schulen kommt einmal wöchentlich der Schularzt und mit ihm die Fürsorgerin, um auf Grund der eigenen Wahrnehmungen und der Mitteilungen der Lehrer die nötige Gesundheitsfürsorge zu vermitteln, wie auch bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit und Erziehungsnotständen einzugreifen. Die Kinder des ersten Schuljahrganges werden ganz besonders durchuntersucht und auch — soweit die Eltern die Zustimmung geben (dermalen rund 75 Prozent) — einer Tuberkulinprobe unterzogen. Fallweise weist der Schularzt auch eine Blutuntersuchung nach Wassermann an, die durch die Mutterberatungsstelle veranlaßt wird.

Über alle unehelichen Kinder, für die ein Wiener Gericht zuständiges Vormundschaftsgericht ist, übt das städtische Jugendamt die Generalvormundschaft aus. Die Zahl dieser Mündel beträgt 22.647. In den Fällen, in denen die regelmäßige Zahlung der Alimente durch den Kindesvater nicht gewährleistet ist, besorgt das Amt die Eintreibung der Gelder (Ende 1927: 4076 Fälle) und gewährt Vorschüsse.

Das Jugendamt ist auch Ziehkinderaufsichtsstelle, deren Bewilligung jedermann einzuholen hat, der fremde Kinder unter vierzehn Jahren in Pflege nehmen will. So ergibt sich die Möglichkeit der ständigen Überwachung der Pflege, Ernährung und Erziehung solcher Kinder, aber auch aller unehelichen Kinder, die bei den eigenen Eltern in Pflege sind. (Dezember 1927: 23.044 in Familien und rund 3000 in privaten Fürsorgeanstalten Wiens untergebrachte Kinder.)

Aus dieser Tätigkeit ergibt sich eine große Zahl von Dauerfürsorgefällen (Ende Dezember 1927: 36.709); davon entfällt ein Zehntel auf Säuglinge, ein Drittel auf das Kleinkinderalter, mehr als die Hälfte auf die schulpflichtige Jugend und der Rest auf die Jugendlichen. Die Betreuung dieser Fälle hat im Jahre 1927 230.776 Hausbesuche und Dienstgänge der Fürsorgerinnen erfordert.

Der Jugendpflege dienen außer den genannten Einrichtungen noch folgende: Städtische Horte und Tagesheimstätten (35), die in Schulgebäuden untergebracht sind und deren Zahl rasch vergrößert werden soll; öffentliche Schülerausspeisung (90 Speisestellen, Nährwert des Mittagessens 700 Kalorien), mehr als ein Zehntel aller Schulkinder (rund 15.000) nimmt teil; 81,9 Prozent davon erhalten die Mittagkost wegen Bedürftigkeit der Eltern unentgeltlich, nur 0,61 Prozent sind Vollzahler mit 60 Groschen, 2,66 Prozent Halbzahler, 14,83 Prozent sind Viertelzahler; Erholungsfürsorge (1892 Dauerschützlinge gehen während der Schulferien in Ferieneime und 700 in Tageserholungsstätten auf je 5 Wochen). Das Jugendamt leitet außerdem das Wiener Jugendhilfswerk, eine Organisation öffentlicher und privater Fürsorgeeinrichtungen, das von der Gemeinde stark unterstützt wird und im Jahre 1927 20.000 Kindern, mehr als einem Siebentel aller Wiener Schulkinder, einen Sommeraufenthalt ermöglichte; 7 Tageserholungsstätten an den Grenzen Wiens (für 2000 Kinder); Wanderherbergen in Wien und

in den Alpenländern, wo gegen geringes Entgelt genächtigt werden kann; städtische Spielplätze (31), die für bestimmte Stunden Schulen überlassen sind, sonst frei zur Verfügung stehen, wobei aber auch sachkundige Fürsorger als Spielleiter am Platze sind; Eislaufplätze (13); Kinderfreibäder (18).

Dieses ganze System wird durch städtische Jugendfürsorgeanstalten ergänzt. Eine Kinderübernahmestelle sammelt alle Kinder, die der Hilfe bedürfen. Diese Kinderübernahmestelle, die in einem neuen, mit allen zweckdienlichen Mitteln ausgestatteten Gebäude untergebracht ist, funktioniert mit ganz ausgezeichnetem Erfolg. Die Quarantänisierung aller eingelieferten Kinder hat sich bisher glänzend bewährt. Die Säuglinge und Kleinkinder kommen in ein eigenes Heim. Für die größeren Kinder bestehen Anstalten, in denen sie so lange bleiben, bis für sie eine Familienpflege gefunden ist. Für solche Kinder zahlt die Gemeinde Pflegebeiträge, die bis zu 45 Schilling monatlich betragen. (Ende 1927: 14.892 Kinder.) Das neueste Kinderheim wurde in einem Habsburgerschloß eingerichtet, das die Gemeinde im Jahre 1927 erworben hat. Kranke Kinder kommen in Heilanstalten, für geschlechtskranke Kinder besteht eine eigene Abteilung. Kinder, die bei Pflegeeltern nicht unterzubringen sind, und besonders gefährdete Kinder kommen in die städtischen Waisenhäuser. Für ganz verwahrloste und schwer erziehbare Kinder bestehen zwei eigene Anstalten, in denen die Zöglinge nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen erzogen werden. Diese Anstalten besitzen eigene Schulen, Lehrwerkstätten für eine Reihe von Gewerben und eine Landwirtschaft. Sie entlassen ihre Zöglinge erst mit dem 18. Lebensjahr und sorgen für ihre Unterbringung. Eine Haushaltungsschule und eine Frauengewerbeschule für Weißnähen und Kleidermachen wurden, wie manche andere Anstalten, von privaten Vereinen in die Verwaltung der Gemeinde übernommen. Die Gemeinde Wien besitzt auch vier Lehrlingsheime, in die vor allem Lehrlinge aufgenommen werden, welche entweder als Waisenknaben oder sonstwie bis zur Erreichung ihres 14. Lebensjahres in dauernder Fürsorge der Gemeinde Wien gestanden haben.

Zur Heranbildung des Jugendamtpersonals dient ein zweijähriger theoretisch-praktischer Jugendfürsorgekurs und eine zweijährige Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen; auch Fortbildungskurse für Horterzieher, für Fürsorgerinnen und Berufsvormünder wurden eingerichtet.

### **Fürsorge für Erwachsene.**

Die Armenpflege der Gemeinde hat besondere Bedeutung, weil in Österreich noch keine Invaliden- und Altersversicherung besteht. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist eine Bundesangelegenheit. Die Arbeitslosenversicherung ist ebenfalls bundesgesetzlich geregelt. Wien ist nur als Land verpflichtet, zu den Kosten der Notstandsunterstützung, die die Arbeitslosen erhalten, sobald die Arbeitslosenunterstützung nach 30 Wochen aufgehört hat, ein Drittel beizutragen. Aber weit darüber hinaus gehen die der Gemeinde aus der großen

Arbeitslosigkeit erwachsenden Lasten, da ihre ganze Fürsorgetätigkeit infolge der jahrelangen Wirtschaftskrise außerordentlich stark in Anspruch genommen wird.

Vorgesehen sind: Erhaltungsbeiträge (43.300 Personen) bis zu 40 Schilling monatlich; Mietzinsaushilfen, die dem Zins einer Kleinwohnung entsprechen; Geldaushilfen; Sachaushilfen (Kohle, Holz, Kleider, Schuhe, Werkzeuge usw.); Krankenbeihilfe durch Bestellung von unentgeltlichen Heilmitteln, Bäderanweisungen usw.; Krankentransporte; Wärmestuben.

Die geschlossene Fürsorge umfaßt in zehn Heimen 12.000 Menschen. Auch hier wurde viel reformiert. Das Vorrecht einer privilegierten Schicht von sogenannten „Bürgern“ bei der Altersversorgung der Stadt wurde aufgehoben. Geisteskranke und Geistessieche wurden von den gesunden alten Leuten getrennt. Den alten Leuten wird das Dasein in den Anstalten nach Möglichkeit freudvoller gestaltet als früher. Pfleglingsräte führen in der Anstalt eine Kontrolle. Es gelang, in der größten dieser Anstalten die Sterblichkeit unter das in der Vorkriegszeit übliche Maß herabzudrücken. Hier sei auch das Obdachlosenheim erwähnt, das obdachlosen Einzelpersonen oder Familien vorübergehend Unterstand gewährt und in Wien heimatberechtigten Obdachlosen gegen eine Mindestleistung angemessener Arbeit Wohnung und Verpflegung gibt, Mehrleistungen tarifmäßig entlohnt. Das Obdachlosenheim wurde von einem Fassungsraum von 800 auf 2400 Betten vergrößert. Einige Sonderabteilungen wurden neu geschaffen, so beispielsweise für obdachlose Familien, Hausgehilfinnen usw.

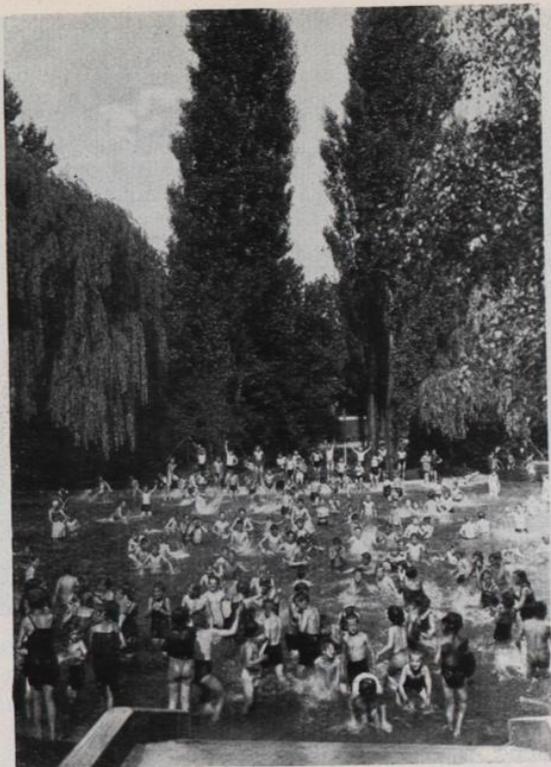
Für stellenlose Hausgehilfinnen wurden überdies von der Gemeinde zwei Heime mit 210 Betten geschaffen, in denen ein Aufenthalt bis zu vier Wochen gestattet ist. Die Heime sind einer Vereinigung von Hausgehilfinnen zur Verwaltung übergeben, die sehr niedrige Gebühren für Nächtigung und Verpflegung einhebt. Die Kosten der Instandhaltung der Gebäude trägt die Gemeinde.

Im Fürsorgedienst stehen über 6000 ehrenamtlich bestellte Fürsorgeräte, deren jeder einen Sprengel seines Bezirkes zu versehen hat. Zu ihrer Schulung finden eigene Kurse statt.

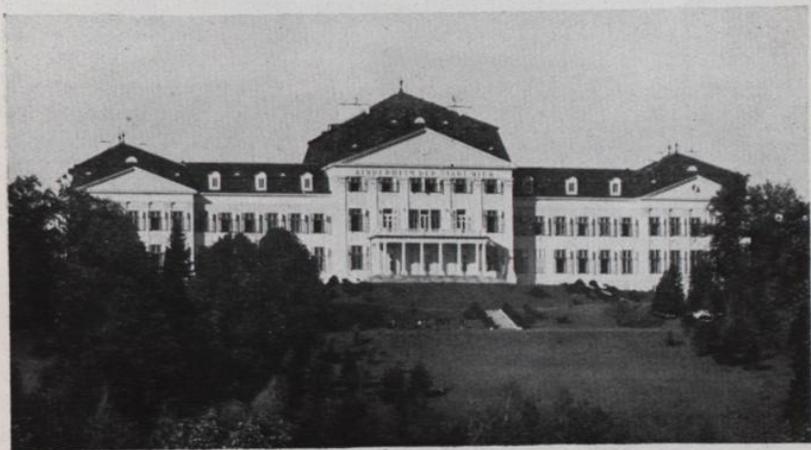
### Gesundheitspflege.

Hier sind ganz neue Einrichtungen getroffen worden, welche den normalen Dienst im Gesundheitswesen ergänzen. Des schulärztlichen Dienstes wurde bereits Erwähnung getan. Ein besonderer Zweig davon ist die Zahnpflege in den Schulen. Das Ziel ist, die Kinder, von der ersten Schulklasse angefangen, alljährlich auf ihren Zahnbestand zu untersuchen, zur Zahnpflege anzuleiten und, wenn nötig, ärztlich zu behandeln (13 Schulzahnkliniken). Leistungen der Schulzahnkliniken im Jahre 1927: 24.925 Neuuntersuchungen, 8324 Revisionen, 24.885 Plomben, 9234 Wurzelbehandlungen, 56.841 Zahnreinigungen durch den Arzt.

Die Gemeinde plant auch die Errichtung einer Zentral-Augenuntersuchungsstelle, in der alle Schulkinder systematisch und obli-



Städtisches Kinderfreibad im Türkenschanzpark.  
Wien, 18. Bezirk



Habsburgerschloß Wilhelminenberg, jetzt städtisches Kinderheim.  
Wien, 16. Bezirk



Saal im Habsburgerschloß Wilhelminenberg, jetzt städtisches Kinderheim,  
Wien, 16. Bezirk



Kindergarten im städtischen Wohnbau „Quarinplatz“. Wien, 10. Bezirk

gatorisch auf ihre Sehschärfe untersucht und nötigenfalls mit Augengläsern beteiligt werden sollen.

Hierher gehört auch die Einrichtung der Kinderfreibäder (18), die im Sommer 1928 von 1.223.017 Kindern besucht waren.

Eine bedeutsame Aktion dient dem Zwecke, Lehrlingen einen vierwöchigen Erholungsurlaub in eigenen Heimen zu verschaffen. Die Gemeinde Wien beteiligt sich an dieser in der Hauptsache von den Krankenkassen gestützten Aktion durch Zahlung der Verpflegskosten für viele Lehrlinge. In drei Heimen für männliche Lehrlinge mit 1150 Betten konnten in den Jahren 1918 bis 1927 35.568 männliche Lehrlinge und in drei anderen Heimen mit 950 Betten in derselben Zeit 18.638 Lehrlinge einen Erholungsurlaub verbringen. Im Jahre 1928 wurden 11.600 Lehrlinge und Lehrlinge in die Heime entsendet.

Großzügig wurde der Kampf gegen die Tuberkulose in Angriff genommen, wofür in der Vorkriegszeit nichts vorgesehen war. Die Tuberkulösenfürsorgestellen (10) haben vor allem die Kranken ausfindig zu machen und dann die zweckmäßigste Form zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit zu finden. So wurden im Jahre 1927 mehr als 89.538 Untersuchungen und 58.933 Hausbesuche gemacht, über 13.000 Kranke in Anstalten untergebracht. Die Gemeinde Wien verfügt derzeit über nahezu 2000 Betten für Tuberkulose und hat sich noch einige Hundert in sechs fremden Anstalten gesichert. Darunter sind besonders Anstalten für tuberkulöse Kinder teils in den Alpen, teils an der Adria. Alle Betten werden von einer Zentralstelle aus belegt, so daß eine rationelle Verteilung der Kranken möglich ist. Diese Zentralaufnahmsstelle hat im Jahre 1927 6427 Patienten untergebracht, dabei rund 10.000 Untersuchungen gemacht. Neu ist die Einrichtung, Kinder, die durch eine tuberkulöse Umgebung gefährdet sind, in fremde Familienpflege zu bringen. Die Arbeit der Gemeinde hat den großen Erfolg, daß die Zahl der Todesfälle mit Tuberkulose als Ursache von 30 im Jahre 1913 auf 21 im Jahre 1927 für je 10.000 Einwohner zurückging. Durch Tuberkulose der Atmungsorgane sterben jetzt nur mehr halb soviel Menschen in Wien als vor dem Kriege.

Auch die Behandlung mittelloser Lupuskranker ist ein besonderer Zweig der Krankenfürsorge. Ein Institut für Krüppelfürsorge mit einem Ambulatorium für Prothesenbedürftige und orthopädische Werkstätten sei noch genannt.

Was die allgemeine Krankenpflege anlangt, so betreibt die Gemeinde neben den Bundesanstalten ein mustergültiges städtisches Krankenhaus mit 1000 Betten und übernimmt die Wiener Kinderospitäler, die bisher von Stiftungen erhalten wurden, der Reihe nach, wenn sie notleidend werden. Sie führt auch ein städtisches Entbindungsheim, ferner zwei große Anstalten für Geistes- und Nervenranke.

Entsprechend der großen Bedeutung, die die Bluttransfusion als lebensrettendes Heilverfahren in den letzten Jahren erlangt hat, wird die Gemeinde eine Blutgruppenuntersuchungs- und Evidenz-

haltungsstelle schaffen. Es sollen dort einerseits die Blutgruppen der in Betracht kommenden Empfänger bestimmt und andererseits ein Kataster der in Betracht kommenden und tauglich befundenen Spender geführt werden, so daß zu jeder Tages- und Nachtzeit im Bedarfsfalle der geeignete Spender angegeben werden kann.

Da die Ordensschwwestern der städtischen Anstalten nach und nach durch weltliche Pflegerinnen ersetzt werden, ist eine eigene städtische Krankenpflegerinnenschule errichtet worden. Diese Schule umfaßt bereits drei Jahrgänge mit einem Internat für 134 Schülerinnen und hat sich bisher ausgezeichnet bewährt. Auch Fortbildungskurse für das städtische Pflegepersonal sind eingerichtet worden.

Ergänzt wird der städtische Gesundheitsdienst noch durch eine Eheberatungsstelle (1927 288 Parteien), die von einem geeigneten Arzt geleitet wird. Hierzu kommt noch eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke (1927 1790 Parteien); schließlich eine Trinkerfürsorgestelle (1927 1303 Parteien), welche mit der Trinkerheilstätte der Gemeinde Wien Hand in Hand geht und die von dort entlassenen Patienten weiter in Beobachtung hält. Schließlich wurde eine Fürsorgestelle für Geistesgestörte und psychopathische Menschen errichtet, welche es sich zur Aufgabe setzt, die aus den Irrenanstalten in Heimpflege Entlassenen zu beobachten, deren Verwandte zu beraten und auch psychopathischen Personen selbst mit Rat zur Seite zu stehen.

Ein Berufsberatungsamt, das 1927 20.132 Besprechungen durchgeführt hat, gibt ärztliche und berufstechnische Ratschläge vor der Berufswahl, vermittelt überdies auch Lehrstellen (1927: 5983).

Eine hygienische Untersuchungsstelle besorgt die Kontrolle des Trinkwassers, die Prüfung der Desinfektionsmittel, die Kontrolle der Abwässeranlagen usw.

Zum Fürsorgewesen gehört auch die Friedhofsverwaltung. Eine gründliche Reorganisation hat eine wesentliche Verbilligung des Betriebes ermöglicht, was der Bevölkerung durch Verbilligungen zugute kommt. Die Errichtung eines Krematoriums, um dessentwillen die Gemeinde in einen schweren Konflikt mit der klerikalen Bundesregierung geriet, der auch den Verfassungsgerichtshof beschäftigte, ermöglicht jetzt auch in Österreich die Feuerbestattung. Eine eigene Steinmetzwerkstätte besorgt die Überarbeitung heimgefallener Grabsteine und deren Verkauf zu billigen Preisen. Auf dem größten Wiener Friedhof befindet sich ein eigener Teil für die Kriegsgefallenen. Dort hat die Gemeinde Wien im Jahre 1925 ein großes Denkmal für die Opfer des Weltkrieges errichtet.

Die Gesamtzahl der in Gemeindeanstalten befindlichen Pfleglinge betrug am 31. Dezember 1927 rund 20.000. Außerdem wurden zur selben Zeit für 58.000 Menschen von der Gemeinde Erhaltungsbeiträge und Pflegegelder gezahlt. Die gesamten Nettoausgaben der Gemeinde für die Wohlfahrtspflege betragen für 1929 85 Millionen Schilling, fast dreimal soviel wie in der Vorkriegszeit!